

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922...  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Anzeigenzeile...  
Anzeigen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
und 2506-2507

Mittwoch, den 11. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-  
Abteilung: D u h o f f 2506-2507

## Tillessens Werkzeug.

Leipzig, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es gibt, wie man heute vom Angeklagten Tillessen selbst hören konnte, eine Stelle in der Organisation C., die sich mit Spionage im besetzten Gebiet befassen soll und andererseits mit der Abwehr der französischen Spionage in Deutschland. Brüdigung, einer der unzuverlässigsten Zeugen in diesem Prozeß, war gleichzeitig auch derjenige, der am meisten weiß. Er hat den Genossen Scheidemann vor dem Attentat gewarnt, auch die Behörde von der Ermordung Rathenaus in Kenntnis gesetzt. Natürlich bemüht sich die Verteidigung um den Nachweis, daß die Erörterungen des Genossen Wels im Reichstage über die Organisation C auf Mitteilungen dieses Zeugen beruhen. Wir erinnern uns, daß, als die Rede von den Ludendorff-Briefen war, der Beifitzer Jaekel näheres wissen wollte, daß damals der Satz gefallen ist: „Hier wird nicht über Ludendorff verhandelt!“ Heute ließ man den Namen Wels fallen, ohne daß der Vorsitzende Einspruch erhebt. Der Zeuge Brüdigung ist unzuverlässig, aber er ist, objektiv betrachtet, eine ergiebige Quelle, aus der man schöpfen darf, nachdem man geprüft hat. Nicht alles ist erfunden, was Brüdigung erzählt, besonders nicht, was er von der Organisation C weiß, sonst hätte die Verteidigung sich die Mühe sparen können.

Mag sein, daß Brüdigung als Spion zur Organisation C und Tillessen gekommen ist, mag sein, daß er ein pathologischer Lügner sei. Tillessen gibt freimütig zu, daß er diesen zweifelhaften Brüdigung in seine Dienste genommen hat, er gibt zu, daß er Spion für eine Spionagezentrale engagiert hat. Je mehr man Tillessen zu Worte kommen läßt, desto mehr erfährt man also. Eine Spionagezentrale besteht also auch bei der Organisation C. Spionage ist eine kostspielige Angelegenheit. Brüdigung bekam nur 2000 M. lediglich deshalb, weil er versprochen hatte, wichtige kommunistische Geheimnisse zu verraten; lediglich für eine zweifelhafte Sache also einen verhältnismäßig großen Vorschuß. Was bekamen die anderen?

Vom Oberreichsanwalt wird dem Präsidenten ein Zettel überreicht, der von Tillessen stammt. Auf die Frage, was Tillessen in Chemnitz getan hatte — denn davon handelt der Zettel — verweigert er die Auskunft. Alle Zusammenhänge deuten darauf hin, daß der Mord an Rathenau doch nicht eine Angelegenheit unreifer Buben ist; er hat, wie man heute gesehen hat, wichtige politische Zusammenhänge.

Die Verteidigung hat morgens den Kapitänleutnant Hoffmann von der Bahn abgeholt, er soll als Zeuge gegen Rathenau unter Eid aussagen. Der Gerichtshof hat sich noch nicht über die Zulassung des Kapitänleutnants Hoffmann zur Zeugschaft ausgelassen.

### Achter Verhandlungstag.

BS. Leipzig, den 11. Oktober 1922.

Das Befinden des Angeklagten Warncke, der gestern nach der Verhandlung noch von schweren Herzkrämpfen befallen wurde, hat sich auch heute noch nicht wesentlich gebessert. Der Angeklagte sieht immer noch sehr bleich und krank aus. Das Gericht trug sich ursprünglich mit der Absicht, das Verfahren gegen Warncke mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abzutrennen. Warncke erklärte aber heute, daß er bemüht sein werde, an der Verhandlung bis zur Ende teilzunehmen. Er erhielt einen besonderen Platz außerhalb der Anklagebank zugewiesen, und es wurden Erfrischungen und Medikamente für ihn bereitgestellt.

Nach Eintritt in die heutige Verhandlung richtete der Vorsitzende noch einige Fragen an Ilseman über die Herkunft der Maschinenpistole.

Ilseman befandte, daß er die Waffe im Mai 1922 in Kiel von Kern erhalten habe, der sie aus der Sturmkompanie anscheinend zurückbehalten habe. Vors.: Wußten Sie denn nicht, daß man Heeresgut nicht behalten darf? Ilseman: Ich habe mir keine Gedanken darüber gemacht, die Pistole war ja nicht mein Eigentum. Vors.: Nach dem Waffenablieferungsgebot vom August 1920 mußten Sie doch über Anzeiger erklären. Angell: Ich habe mir darüber keine Gedanken gemacht. Vors.: Dann fällt Ihre Handlung auch möglicherweise in dieses Strafgesetz. Der Verteidiger Ilsemanns R. A. Grewing macht darauf aufmerksam, daß kein Mandant im April 1922 aus Mexiko nach Deutschland zurückgekehrt sei, nachdem er sich zwei Jahre dort drüben aufgehalten habe.

Als dann der Vorsitzende das betreffende Gesetz verlas, wurde er vom Oberreichsanwalt Ebermayer darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Gesetz nicht in Frage komme, vielmehr die Waffenverordnung vom 13. Januar 1919, da das Gesetz vom August 1920 bereits aufgehoben sei. Vors.: Wir werden noch prüfen, welches Gesetz hier in Anwendung kommt. (Zu Ilseman:) Hatten Sie von diesem Gesetz keine Kenntnis? Ilseman: Nein. Oberreichsanwalt: Wir haben gestern gehört, daß bei Ihnen am 26. Juni eine Persönlichkeit erschien, die offenbar auf Sie einen solchen Eindruck gemacht hat, daß Sie durch diese Persönlichkeit den Koffer von Ende abbolen ließen. Sibt diese Person hier vielleicht als Zuhörer im Saal?

Ilseman, nachdem er den Saal gemustert hat: Das ist mir

nicht bekannt. R. A. Grewing: War Ihnen diese Persönlichkeit überhaupt bekannt? Ilseman: Nur flüchtig.

Dann wurde in der Vernehmung des Arbeiters Brüdigung am fortgefahren. Der Oberreichsanwalt beantragte auf Grund der gestrigen Vernehmung zunächst die Ladung des Polizeipräsidenten Ehrler und des Polizeikommissars Hauber aus Frankfurt a. M., sowie der beiden Redakteure der Frankfurter „Volkstimme“ Markwald und Quint. Tillessens Verteidiger, R. A. Bloch, überreichte dem Gericht gleichzeitig einen Antrag, in dem er um die Vernehmung des Irrenanstaltsleiters Professor Dr. Jahrmärker aus Kappeln bei Marburg bittet. Brüdigung war in dieser Anstalt zwei Jahre interniert. Ferner beantragte der Verteidiger die Ladung des Kapitäns a. D. Alfred Hoffmann aus München, der bekanntlich jetzt Leiter des Reichsdeutschen Bundes ist und früher eine wichtige Rolle in der D. C. spielte, ferner die Ladung eines Dr. Regenbergs aus Frankfurt a. M., der Brüdigung als einen vor den Kommunisten flüchtenden östlichen Arbeiter an Tillessen empfohlen hatte. Schließlich bat der Verteidiger auch um die Vernehmung des Reichsgerichtsrates Niebhammer darüber, daß die

D. C. im September 1921 infolge der Ermordung Erzbergers

ausinandergelaufen sei, und zwar dadurch, daß sämtliche Vorstandsmitglieder längere Zeit verhaftet waren. Vors.: Kapitän Hoffmann, der ja anfangs auch in Untersuchung war, hat bereits damals die Aussagen Brüdigungs bestritten und, da Brüdigung kein Glauben geschenkt wurde, ist Hoffmann außer Verfolgung gesetzt. Hätte man Brüdigung Glauben geschenkt, dann wäre ja Hoffmann jetzt eben so verdächtig wie Tillessen. R. A. Bloch: Da ich den Eindruck habe, daß die gestrigen Aussagen Brüdigungs bei einem Teil des Gerichtshofes doch Glauben gefunden haben, bitte ich doch um eine Gegenüberstellung Hoffmanns und Brüdigungs. Hoffmann wird unter seinem Eid bekunden, daß die gestrigen Angaben Brüdigungs falsch sind. Ich bitte ferner, die Briefe Brüdigungs und seiner Frau an die Redakteure der Frankfurter „Volkstimme“ zu verlesen. Justizrat Dr. Hahn schloß hieron die Bitte, Brüdigung, der auch im Kriege in einer Reserveeinheit untergebracht gewesen sei, über seine Militärverhältnisse zu vernehmen. Als Brüdigung dann in den Saal gerufen werden sollte, stellte R. A. Bloch noch fest, daß dieser Zeuge an fast allen Verhandlungstagen sich unerlaubt im Zuscherraum aufgehalten habe, was der Vorsitzende als unerhört bezeichnete.

Dann wurde Brüdigung weiter vernommen. Vors.: Sie wurden also von Hoffmann nach Berlin geschickt? Zeuge: Ich bin überhaupt nicht geschickt worden, sondern aus eigenem Entschluß nach Berlin gegangen. Vors.: Wieviel Geld haben Sie von Hoffmann erhalten? Zeuge: 2000 M. Er hat mich ja offiziell für die D. C. angestellt und mir den Auftrag gegeben, die Linksorganisationen zu bespionieren. Vors.: Und wieviel hat Ihnen Tillessen gegeben? Zeuge: Zuerst 2000 M. und später nochmal die gleiche Summe. Vors.: Und von einem Teil dieses Geldes sind Sie dann für 14 Tage in den Harz gefahren? Zeuge: Ja, eigentlich nicht. Ich habe mir so gewissermaßen Urlaub genommen. (Heiterkeit im Saal.) Vors.: Und hat Ihnen Hoffmann wirklich erklärt, Rathenau, Scheidemann und Helmut v. Berckow müßten beseitigt werden? Zeuge: Diese Namen hat er bestimmt genannt. Vors.: Und in Berlin haben Sie sich dann weiter als Spion betätigt? Zeuge: Absolut nicht. Das Material, das ich Tillessen, Bloch und Heinze gegeben habe, war vollkommen wertlos. Es enthielt nur die Adressen einiger Gewerkschaftsführer, die man in jedem Adreßbuch finden konnte. Vors.: Standen Sie damals schon im Dienst der kommunistischen Partei? Zeuge: Ich habe

niemals im Dienste der kommunistischen Partei gestanden. Vors.: Zu welchem Zweck sind Sie nun überhaupt zu Tillessen gegangen? Zeuge nach einigem Zögern: Ich wollte eben mal sehen, was da los ist. Als Arbeiter hatte ich doch schließlich ein gewisses Interesse daran. Vors.: Und von dem, was Sie dort erfahren haben, machten Sie im Interesse der Arbeiterschaft Gebrauch. Zeuge: Sowohl. Drei Tage, nachdem mir Hoffmann und Tillessen diese Angaben gemacht hatten, ging ich zum Frankfurter Polizeipräsidenten und zur „Volkstimme“. Die Redakteure sagten mir, das Material sei gut, aber genüge noch nicht, ich sollte sehen, daß ich mehr bekomme. Sie versprochen mir volle moralische Deckung. Es war doch

ganz logisch, daß ich zur „Volkstimme“ ging. Als Arbeiter konnte ich doch nicht zu den Deutschnationalen gehen. Vors.: Macht Ihnen denn jemand einen Vorwurf daraus? Zeuge zuckt die Achsel. Vors.: Haben Sie denn nun von Tillessen noch mehr erfahren? Zeuge: Ich bin in Verbindung mit ihm geblieben und habe schließlich mit einem anderen Herrn nach Kassel. Vors.: Da kommen wir wohl in die Scheidemann-Sache hinein. Zeuge: Jawohl. Es wäre mir lieber, wenn die hier ausgehändigt würde. Vors.: Das gehört ja auch nicht hierzu. Oberreichsanwalt: Es wäre mir doch interessant zu erfahren, was dann in Kassel passiert ist. Zeuge: In Kassel machte ich mich dann von meinem Begleiter los,

um Scheidemann zu warnen, da ich von dem Herrn ungefähr erfahren hatte, was bevorstand. Ich konnte meine Absicht aber erst eine Woche später ausführen und ging zu diesem Zweck ins Gewerkschaftshaus in Kassel, um dort einen Parteifunktionär der SPD zu sprechen. Dort hat dann ein Herr Stark in meinem Auftrag Scheidemann Bericht erstattet. Vors.: Hat Ihnen Ihr Reisebegleiter keine bestimmten Angaben gemacht, was nicht von einem Attentat mit giftigem Gas die Rede? Zeuge: Von einem Attentat auf Scheidemann war überhaupt keine Rede. Ich schloß das nur aus den Äußerungen Tillessens, Hoffmanns sowie meines Reisebegleiters.

Fortsetzung auf der dritten Seite.

## Kommunisten und Getreideumlage

Von Wilhelm Dittmann.

In der „Roten Fahne“ lobt der tapfere Koenen gegen die beiden bisherigen sozialistischen Parteien und die jetzige Vereinigte Sozialdemokratische Partei wegen der Getreideumlage. Nach seiner Darstellung ist die Getreideumlage ein Mittel zur Bereicherung der Agrarier und zur Verteuerung des Brotes der Ärmsten der Armen. Koenen stellt die Dinge damit wieder einmal auf den Kopf, wie er es ja gewöhnlich zu tun pflegt. Borwig sei deshalb festgesetzt: Die Getreideumlage verteuert nicht das Brot, sondern sie verbilligt es, sie bereichert nicht die Agrarier, sondern sie schränkt ihren Profit ein. Wäre es anders, warum die organisierte Sabotage der Getreideumlage durch die Agrarier? Der Kommunist Heydemann hat in der Reichstagsitzung vom 20. Juni 1922 auch selber zugegeben, daß die Getreideumlage „eine gewisse Einschränkung der Auswucherung“ bedeute. Ebenso stellte er in derselben Sitzung fest, daß nach Dr. Heim „den armen Agrariern 20 Milliarden Mark als Profit durch die Umlage (1921/22) entzogen worden wären“. In derselben Rede sagte er: „Durch den Zwang zur Ablieferung wird eine gewisse Menge von Brot sichergestellt“. Trotzdem stellen die Koenen und Genossen die Umlage jetzt als die Ursache der Broterteuerung hin!

Die Agrarier wollen die „freie Wirtschaft“ auch für das Brotgetreide. Das würde Weltmarktpreise für Korn und Mehl und eine gewaltige Broterteuerung bedeuten. Im Kriege wurde der Brotpreis bekanntlich durch die Zwangswirtschaft niedrig gehalten. Die Getreideumlage ist ein Rest der Zwangswirtschaft. Mindestens 4 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide braucht das deutsche Volk im Jahr für seine Ernährung. Davon wird ein großer Teil aus dem Auslande eingeführt, für den deshalb auch die hohen Auslandspreise gezahlt werden müssen. Die Agrarier würden für das ganze im Inlande erzeugte Getreide sofort dieselben hohen Preise fordern, wenn — die Getreideumlage sie nicht daran hindern würde. Durch die Getreideumlage ist bestimmt, daß 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide, also mehr als die Hälfte des Bedarfs, von den Agrariern zu einem billigeren Preise abgegeben werden müssen. Dadurch kann ein „Mischpreis“ für Brotgetreide gebildet werden, der höher ist als der Inlandspreis und niedriger als der Auslandspreis. Das ist der Zweck der Getreideumlage. Ohne sie würde der hohe Auslandspreis und nicht der niedrigere „Mischpreis“ gelten.

Man sollte meinen, dieser klare Sachverhalt sollte auch die Kommunisten abhalten, die Getreideumlage für die Broterteuerung verantwortlich zu machen. Aber ihnen kommt es lediglich darauf an, alles herunterzureißen, was von der Sozialdemokratie geschaffen ist. Die beiden bisherigen sozialistischen Parteien haben im Reichstage nach schweren Kämpfen mit den Agrariern und den sämtlichen bürgerlichen Parteien die Getreideumlage durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien wollten den Agrariern weit entgegenkommen und hatten im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags (I) folgende Preisbemessung für das Umlagegetreide durchgesetzt:

Für das erste Viertel der Umlage beträgt der Preis für Roggen 2000 M., für Weizen 2800 M., für Gerste 7200 M., für Hafer 7300 Mark je Tonne. Für das zweite sowie für das dritte und vierte Viertel des Umlagegetreides legt die Reichsregierung die Preise, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind, nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Demgegenüber wollten die beiden sozialistischen Parteien 6300 M. für Roggen und 6900 M. für Weizen zugestehen. Schließlich gelang es ihnen, die bürgerlichen Koalitionsparteien dafür zu gewinnen, die Ausschlußbeschlüsse wieder fallen zu lassen und zuzustimmen, daß die Preisbemessung folgendermaßen festgesetzt wurde:

Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen 6900 M., für Weizen 7400 M., für Gerste 6700 M., für Hafer 6600 Mark je Tonne. Für das zweite und das dritte Drittel der Umlage legt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage der im Abf. I festgesetzten Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest.

Zunächst wurde also statt der Viertelung die Drittelung durchgeführt und (obwohl eine Preisherabsetzung gegenüber dem Ausschlußbeschlusse, die bei Roggen 1100 M., bei Weizen 1400 M., bei Gerste 1100 M., und bei Hafer 900 M. pro Tonne betrug. Wollen die Kommunisten leugnen, daß diese Herabsetzung der Preise eine Verbilligung des Brotgetreides bedeutet? Wollen sie leugnen, daß sie selber dafür gestimmt haben würden, wenn es auf ihre Stimmen angekommen wäre? Sie stimmten doch nur deshalb gegen diese Umlagepreise, weil sie wußten, daß sie trotzdem angenommen würden! Sie schrien über „Verrat“ der Sozialisten, weil diese überhaupt einer Preisherabsetzung zugestimmt haben. Dabei hatten und haben die bürgerlichen Parteien im Reichstage die Mehrheit und hätten — wie der Ausschlußbeschlusse klar zeigt — ohne das Eingreifen der beiden sozialistischen Parteien noch







# Besucht die heutigen Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin!

## Der Rathenau-Mord.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Der Zeuge Brädigam fährt in seiner Aussage fort: Ben Kassel bin ich nach dem Harz gefahren. Somit ich von dem Scheidemann-Attentat erfuhr, fuhr ich nach Kassel zurück und stellte mich Scheidemann zur Verfügung. Dieser ließ dann meine Wahrnehmungen durch den Kriminalkommissar Reslak von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums protokollieren. Dann war ich drei Monate ständig unterwegs, da ich doch den Auftrag hatte, für die D. C. zu spitzeln. Ich habe dann von Tilsessen, Heinzje und Hoffmann

laufend Gelder in Höhe von insgesamt etwa 10 000 Mark erhalten. Vorl.: Haben Sie denn auch noch mehr erfahren? Zeuge: Am 13. Juni war ich wieder in Frankfurt bei Tilsessen. Zunächst blieb ich mit ihm allein, dann kamen auch Ploos und Heinzje und noch ein dritter Herr, der möglicherweise Kapitänleutnant Küllinger gewesen ist. Ich erbatete Tilsessen Bericht über meine Tätigkeit in den Vorkontrollstationen und er erwiderte mir plötzlich: „Was glauben Sie, was geschehen würde, wenn jetzt Rathenau ermordet würde?“ Vorl.: Welche er damit, wie sich die Vorkontrollstationen in diesem Falle benehmen würden? Zeuge: Das habe ich angenommen. Ich habe ihm dann in einer längeren Auseinandersetzung erklärt, daß sofort der Generalstreik und im Anschluß daran der bewaffnete Aufstand der Arbeiterklasse kommen würde. Ich hielt ihn von rechts für vollkommen aussichtslos und sagte auch zu Tilsessen, daß die Arbeiter mit seinen Reuten fertig werden würden. Wörtlich erklärte ich ihm: „Ich rate Ihnen, nehmen Sie wieder Ihre Bücher, studieren Sie weiter, und lassen Sie diese Sache laufen.“ (Heiterkeit) Tilsessen antwortete: „Ich habe jetzt keine Ruhe zum Studieren“, und als ich ihm weiter sagte: „Sie kämpfen auf verlorenem Posten“, da meinte er: „Wenn es so steht, dann bleibt mir weiter nichts übrig, als

### Rathenau eine Kugel in den Kopf

und mir eine ins Herz zu schießen.“ Und entweder Ploos oder Heinzje fügte noch hinzu: „Dann bleibt uns nichts anderes übrig, als Juden zu töten.“ Das war nach dem Scheidemann-Attentat und vor dem Rathenau-Mord.

Vorl.: Herr Zeuge, Sie sind in einer ganzen Reihe von Fällen vorbestraft? Sie sind zuerst im Jahre 1907 in Hanau wegen schweren Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt 1908 wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis, 1911 wegen Betruges zu 6 Monaten. Stimmt das? Zeuge: Das wird wohl so sein. Vorl.: 1912 sind Sie dann wegen Betruges zu einem Jahr Gefängnis, 1913 wegen schweren Diebstahls und Betruges zu einem Jahr Gefängnis und 1914 wegen Diebstahls und Mordversuch zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sie sind dann anderthalb Jahre in der Irrenanstalt gewesen. Weshalb kamen Sie dahin? Zeuge: Brädigam. Darüber wird Professor Jahmmerer wohl am besten Auskunft geben können. Autoritäten irren sich ja nie. (Heiterkeit) Ich bin eben eine etwas impulsive und aggressive Natur. Vorl.: Sie waren auch in der Fürsorgeziehung? Zeuge: Sowohl. Ich war

### 13 Jahre alt, als mein Vater starb

und vernachlässigte die Schule. Ich kam dann in die Fürsorge und ein Jahr später in die Irrenanstalt. Man verstand es in der Fürsorge nicht, mich individuell zu erziehen, sondern überließ das lieber der Irrenanstalt. R.-M. Dr. G. d. S. d.: Ich möchte feststellen, daß Sie in die Fürsorgeziehung kamen, weil Sie im Alter von 13 Jahren auf Ihren Hauswirt mit einem Dolch losgegangen sind, weil Sie sich unbeherrschbar und an einem schweren Einbruchdiebstahl beteiligt waren. In der Fürsorgeziehung sind Sie dann mit einem Ball auf Ihre Kameraden losgegangen. Justizrat Dr. Hahn: Sie haben als Fürsorgezögling einen Antikam-Berein gegründet. Ist das richtig? Zeuge: Gewiß. Ich blieb an der Spitze, können, denn ich war der einzige Volkshüter. Die anderen Zöglinge, die Söhne wohlhabender Eltern und höhere Schüler waren, wurden immer nur mit einem Verweis bestraft. Genügt Ihnen das, Herr Vorsitzender?

Auf Antrag des Verteidigers Justizrat Dr. Hahn wurden die über Brädigam angelegten Strafsachen verlesen, aus denen hervorgeht, daß Brädigam wegen seiner Arbeitssünden wiederholt bestraft worden ist. Er vermochte es auf keiner Stelle längere Zeit auszuhalten. Nach den polizeilichen Angaben hat er sich damit beschäftigt, Kinder zu hypnotisieren.

er kam in die Fürsorgeziehung, weil er seine Mutter sehr roh behandelte und sie schlug. In der Landesirrenanstalt Frankfurt stellte man bei Brädigam später epileptische Seelenstörungen fest (Schluß im Morgenblatt.)

## Rückgang des Dollarkurses.

Heute bis auf 2600.

Am Devisenmarkt zeigte sich heute endlich eine Ernüchterung. Nachrichten über eine in Aussicht stehende Teilnahme Amerikas an den Verhandlungen über europäische Währungsprobleme, sowie die Erwartung außerordentlicher Maßnahmen der deutschen Regierung gegen die Hamstererei und Spekulation in Devisen haben der Dollarkaufseife ein Ende bereitet. Es kam heute eher etwas Angebot heraus, das den Kurs bis gegen Mittag auf 2600 drückte. Im Hinblick auf die in Aussicht stehende scharfe Kontrolle des Devisenverkehrs begannen die Hamsterer zu verkaufen. Man kann deshalb vorläufig mit einem weiteren Rückgang rechnen.

Dementsprechend zeigt sich auch an der Effektenbörse eine beträchtliche Abschwächung der Kurse der Wertpapiere aller Art. Am Markt der heimischen Industriewerte waren die Rückgänge nicht so bedeutend, da ja auf diesem Gebiet auch vorher die Kursbewegung bei weitem nicht so ergaltrert war wie bei den Wertpapieren.

### Devisenkurse.

	11. Oktober		10. Oktober	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	108570.—	104310.—	115050.—	115344.—
100 argentinische Papier-Peso	948.80	951.20	1058.65	1061.35
100 belgische Frank.	18302.03	18347.05	20823.80	20870.10
100 norwegische Kronen	48039.50	48400.50	52434.85	52585.65
100 dänische Kronen	54531.75	54668.25	60024.50	60175.15
100 schwedische Kronen	7681.50	76839.50	78401.85	78598.15
100 finnische Mark	—	—	6591.75	6608.25
1 japanischer Yen	1248.40	1251.60	1428.90	1429.80
100 italienische Lire	11161.—	11189.—	12084.15	12085.85
1 Pfund Sterling	11785.25	11814.75	13083.60	13116.40
1 Dollar	2590.75	2603.25	2600.25	2673.72
100 französische Frank.	19875.10	19924.90	22372.—	22428.—
1 brasilianischer Milreis	807.61	808.39	844.56	845.44
100 Schweizer Frank.	49388.25	49401.75	55580.50	55609.50
100 spanische Pesetas	89950.—	40050.—	44614.10	44735.90
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	8.68	8.72
100 tschechische Kronen	—	—	10187.25	10212.75
100 ungarische Kronen	—	—	120.84	121.16
100 bulgarische Lewa	—	—	1897.00	1902.40

## Ein Zehntausender.

Daß ein Journalist einen Zehntausendmarktschein in die Hand bekommt, gehört selbst heute noch zu den Selbstenheiten. Der Zehntausendmarktschein, um den es sich hier handelt, war auch nicht mein eigener, sondern die Sache trug sich so zu, daß ich von jemand tausend Mark zu bekommen hatte. Ich brauchte das Geld sehr nötig. Mein Schußner oder hatte nur einen Tausendmarktschein. Bergelich hatte er schon eine junge Dame seines Personals herumgeschickt, um ihn klein zu machen. Es gelang nicht. So machte ich mich denn auf die Socken. Ich ging in ein Zigarettengeschäft, ließ mir zehn Zigaretten mit Mundstück a 2 M. geben, präsentierte den Zehntausendmarktschein und rauchte mir gleichzeitig eine der Zigaretten an. Der Verkäufer zuckte mit den Achseln, und als ich bebauerte, nicht einmal die eine Zigarette bezahlen zu können, sand er sich damit ab, daß ich sie umsonst rauchte. Ich ging in ein Café, verlangte eine Tasse Kaffee, erklärte aber vorher, daß ich nur mit einem Zehntausendmarktschein bezahlen könnte. Wieder Achselzucken und ohne etwas gepöpselt zu haben, mußte ich das Lokal verlassen. So pilgerte ich von Geschäft zu Geschäft, von Laden zu Laden, von Restaurant zu Restaurant, überall Abweisung, bis ich auf den Gedanken kam, mir in einem Geschäft ein Pfund Birnen zu kaufen, von denen zwei auf ein Pfund gingen und in eine herzhast hineinzubehalten, so daß die Verkäuferin mir entweder ein halbes Pfund Birnen schenken oder den Geldschein wechseln mußte. Und siehe da, mit einemmal war genügend Kleingeld vorhanden.

Die Geschichte ist recht lehrreich. Wie alles, wird auch Kleingeld gehamstert. Es scheint, daß für Wechseln eines Zehntausendmarktscheins schon 200 M. Aufgeld gezahlt wird. In der Gegend um den Rosendornplatz sogar schon 500 M. Es geht eben den Reichen so wie den Armen in Deutschland. Die einen können sich nichts zu essen kaufen, weil sie zu wenig kleines Geld haben und die anderen, weil sie nur großes Geld haben. Denn zehntausend Mark in einem Restaurant in Essen und Trinken anzulegen, wenn man nicht gerade Alkoholika zu sich nimmt, ist heute immerhin noch schwierig, aber wenn der Dollar mit Gottes und der Börse Hilfe so weiter steigen wird, dann wird man bald einen einzigen Zehntausendmarktschein für ein Mittagmahl zahlen können und dann hören die Sorgen um das Wechseln auf.

## Der liebe Gott vor Gericht.

Die Stellung des Staatsanwalts.

Die Ueberraschung in der Fortsetzung dieses merkwürdigen Prozesses war der Antrag des Staatsanwalts, der für jeden der Angeklagten nicht weniger als 6 Monate Gefängnis beantragte, ein Antrag, der ebenso unverständlich ist wie dieser ganze Prozeß.

Der Sachverständige Gehelrat Pilius vom Evangelischen Kirchenauschuß ging auf Einzelheiten nicht ein, stellte sich aber auf den Standpunkt, daß die Figur Christus, wie sie von Einstein geschildert ist, dem Christus der Evangelien entspräche. Der Sachverständige Dr. Kappstein, Dozent für Religionswissenschaften an der Humboldt-Akademie, bekundet, daß das Einstein'sche Werk kein Wort von Gotteslästerung enthalte, daß es vielmehr ein sehr ernst zu nehmendes Kunsterk sei, von dem eine gewisse belebende Wirkung ausgehe. Der Staatsanwalt, der die Behauptungen der Angeklagten nachmals wiederholte, beantragte für jeden der beiden Angeklagten 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger Justizrat Dr. Rosenberger betonte, daß das literarische Kunstwerk Einsteins vermöge seines expressivsten Charakters sehr leicht Mißverständnissen ausgesetzt sei, und daß Vergernissnehmer offenbar nicht das geringste Verständnis für solche Kunstform aufgebracht hätten. Der Verteidiger R.-M. Wolfgang Heine geht das Werk im einzelnen durch, um besonders die Stellen ganz faßlich gelesen hätten. Es handele sich um ein Werk von tiefster Bedeutung, in dem noch mehr enthalten sei, als die bloße Konstatierung der Christusfigur mit der heutigen Umwelt. Nach den Plädoyers hat der Angeklagte Einstein noch das Schlusswort. Die Verhandlung wird in später Abendstunde abgebrochen und die Fortsetzung auf den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, anberaumt.

### „Noch nicht bekannt.“

Die Deutsche Reichspost ist zwar ein Institut, bei dem man einiges Verständnis für den Wert schneller Erledigung voraussetzen sollte. Aber gerade im Bereich der Postverwaltung vollzieht sich die unter Strafandrohung zur Pflicht gemachte Beseitigung der alten monarchischen Hoheitszeichen in einem Tempo, wie wenn die verantwortlichen Stellen sich zu überbürten fürchteten. Wie oft haben wir festgestellt müssen, daß die auf Postfächern geliebten amtlichen Verschlussmarken das betreffende Postamt noch als „kaiserlich“ bezeichnet! Am 3. August schrieb uns der Reichspostminister, daß eine solche von uns gemachte Mitteilung ihm „Anlaß gegeben habe, etwa noch übrig gebliebene Bestände mit dem Wort „kaiserlich“ vernichten zu lassen.“ Später überlandten wir dem Reichspostminister zur Ansicht ein paar am 10. August bei einer Postagentur in der Mark Brandenburg eingegangene Telegramme, die wieder noch Verschlussmarken mit dem nicht gelährten Wort „kaiserlich“ zeigten. Am 27. September erhielten wir vom Reichspostminister (L. W. Wredow) die Antwort, die Postagentur habe bedauerlicherweise die Streichung des Wortes „kaiserlich“ unterlassen. Hinzugefügt war: „Meine neuerliche Anordnung, daß derartige Siegelmarken zu vernichten seien, war bei der Postagentur am Tage des Eingangs der beiden Telegramme noch nicht bekannt.“ Vom 3. August bis zum 10. August war allerdings erst eine Woche vergangen, was bei der Postverwaltung noch nicht viel sein mag. Was aber soll man dazu sagen, daß noch am 28. September vom Postamt Berlin R. B. 7 ein Geldpäckchen mit der alten Verschlussmarke ausgegeben wurde, auf der noch das alte Wort „kaiserlich“ prangte und nicht gestrichen war! Sollte sogar in den vom 3. August bis zum 28. September verfloßenen sieben Wochen die neuerliche Anordnung, daß derartige Marken zu vernichten sind, dem Postamt Berlin R. B. 7 „noch nicht bekannt“ geworden sein?

### „Auslandzucker.“

Zur prinzipiellen Erörterung über die Frage des „Auslandzuckers“ gab eine Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II gegen den Konditoreibesitzer Kemmer wegen Schleichhandels Anlaß. E. hatte im Jahre 1920 Margarine, Schmalz und Zucker in großen Mengen aus dem besetzten Gebiet eingeführt und in seinem Betriebe verarbeitet. Eine polizeiliche Hausdurchsuchung förderte in einem verborgenen Keller große Vorräte zutage. Der Angeklagte behauptet, daß es sich durchweg um „Auslandware“ gehandelt hätte, die im besetzten Gebiet frei gehandelt wäre. Er hätte infolgedessen angenommen, daß er auch in dem übrigen Deutschland ohne Zuhilfenahme der ZEG. vertrieben werden könnte. Rechtsanwalt Bahn überreichte eine amtliche Mitteilung der Reichszuckerstelle, wonach sogar den polizeilichen Stellen im besetzten Gebiet noch nicht klar geworden sei, daß die Schleichhandelsvorschriften auch für das besetzte Gebiet gelten, und eine

Äußerung der Konditorinnung Solingen, wonach der dortige Magistrat die Beseitigung mit Zucker verweigert hätte, weil dieser massenhaft im Einzelhandel zu haben wäre. Wegen der Margarine komme das Annonciatgesetz vom Dezember 1920 in Frage. Das Gericht kam wegen der Margarine zur Freisprechung, weil die Zwangswirtschaft für diesen Artikel bereits seit dem 19. Juli 1920 aufgehört habe, verurteilte aber im übrigen den Angeklagten zu 50 000 M. Geldstrafe, da dieser auch den „Auslandzucker“ durch die Zentraleinkaufsgenossenschaft hätte beziehen müssen.

### Von der Schrippe, die nur kleiner wird.

Bekanntlich kostet seit Montag, den 9. Oktober, das Markenbrot 44 M. und die Markenschrippe 1,70 M., wobei das Brot ein Gewicht von 1000 Gramm und die Schrippe ein solches von 50 Gramm haben muß. Im Publikum ist nun vielfach die Annahme verbreitet, daß das markenfremde Gebäck im Preise zwar frei, aber im Gewicht gebunden ist. Das ist keineswegs der Fall und die Bäcker haben es vollkommen in der Hand, Preis und Gewicht nach Belieben zu gestalten. Die Bäckerzunftversammlung war übereingekommen, für 120 M. ein 1150 Gramm schweres Brot und für 5 M. ein 38 Gramm schwere bzw. leichte Schrippe zu liefern. In nächster Zeit sollen aber die Preise herauf- und das Gewicht vermutlich herabgesetzt werden. Wenn das dann so weiter geht, kostet eine Schrippe schließlich 20 M., wofür man nur noch — höher geliefert bekommt, für die man sich aber eine Tüte mitbringen muß. Es ist deshalb unumgänglich notwendig, daß die Bäcker auch Preise und Gewichte des Freigebäckes offensichtlich in ihren Läden auszuhängen haben, denn uns sind Fälle zur Kenntnis gekommen, wo den Leuten für 5 M. eine Schrippe von 35,30 und sogar nur 28 Gramm Gewicht geliefert wurde. Und weiter, wenn die Bäcker für ein 1150-Gramm-Brot 120 M. nehmen, so würde, falls wir kein Markenbrot mehr hätten, ein 1000-Gramm-Brot (das Gewicht des Markenbrot) rund 200 M. kosten.

### Immer wieder Raubüberfälle.

Zwei neue Raubüberfälle werden aus dem Innern der Stadt und Grünau gemeldet. Ein Kaufmann F. aus der Zechliner Straße machte mit einem Manne, den er zufällig kennen lernte, eine kleine Bierreise und trank Bier über den Durst. Es gefiel ihm auch noch andere hinzu und das Ende war, daß man dem Angetrunkenen die Brieftasche mit 36 000 M. und Papieren verschiedener Art raubte. — In Grünau lehrte ein Mann aus der Bahnhofstraße gegen 11 Uhr abends von einem Ausgang heim. Als er dabei war, die Haustür aufzuschließen, fielen zwei Männer, die die Straße entlang gekommen waren, plötzlich über ihn her. Während einer ihn selbst, riß ihm der andere die Brieftasche mit 1200 M. aus der Rocktasche, und beide liefen dann davon und entliefen in der Dunkelheit. Auch in diesem Falle sind die Täter entkommen.

### Mangelhafte Treppeneleuchtung.

Hauswirte, die nach Einbruch völliger Dunkelheit die Treppen nicht beleuchten, um am verkehrsreichsten Ende zu sparen, obwohl doch nach dem Reichsmittelgesetz die Mieter die Kosten der Treppeneleuchtung zu tragen haben, werden jetzt vielfach von der Schulpolizei zur Anzeige gebracht. Die Briefträger sind angewiesen worden, bei unbeleuchteten Treppen die letzte Briefbestellung zu unterlassen. Für dadurch entstehenden nachweisbaren Schaden der Mieter sind die Hauswirte erschulpflichtig.

Einjam gestorben ist der 67jährige ehemalige Bauordnungs-Genosse Paul Boesche, der als Rentenempfänger im Hause Kottstr. 6 eine kleine Stube bewohnte. Als ihm die Tochter eines Nachbarn und Genossen sein Mittagessen aus der Speisekammer bringen wollte, wurde ihr nicht geöffnet. Zunächst glaubte man, er sei zu einem Besuch ausgegangen, doch ließ er sich auch an den beiden nächsten Tagen nicht sehen. Die von dem Nachbar benachrichtigte Polizei öffnete die Wohnung und fand P. bewußlos auf den Dielen liegend. Der rötliche Kranke wurde aufs Bett gelegt und entleidet, er starb aber, ehe der Arzt eintraf. Wahrscheinlich, hatte P., der herzleidend war, einen Anfall erlitten, bei dem er zusammenbrach. Der Arzt stellte Herzlähmung fest. Genosse Boesche war ein altes Mitglied der Partei, deren Einigung ihm die letzte Freude bereitet.

Das Schließen auf Verortzüge will immer noch kein Ende nehmen. Gestern abend wieder erhielt gegen 6 Uhr in der Nähe der Beusselbrücke ein Zug von Spandau einen Kugelschuß, der eine Scheibe zerrümmerte, zum Glück ohne jemanden zu treffen. Die sofort beschickte Schulpolizei suchte das Gelände ab, konnte aber in der bereits eingetretenen Dunkelheit keine Spur des Täters finden.

Ein leeres Schäferhündchen hatte wieder ein Ausländer in einem Hotel in der Chausseestraße. Ein junges Mädchen, das ihm die Zeit verkürzen wollte, verstand, während er schlief, und nahm seine Brieftasche mit 250 norwegischen Kronen mit.

Gartenbauhochschule Dahlem. Der Preussische Landtag hat am 6. d. M. beschlossen, die Höhere Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem zur Gartenbauhochschule zu erheben und als selbständiges Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule anzuschließen. Da die Etatsberatung noch nicht begonnen hat, so ist zu erwarten, daß die Umwandlung am 1. April 1923 stattfinden wird.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, überwiegen frühe und neblig mit leichten Regenschauern und mäßigen östlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abt. Kasseler! Im Fahrgelehr zu sparen, werden die neuen Beitragsmarken, die bis Mittwoch, 11. Oktober, abends 7 Uhr, nicht abgeholt sind, am Donnerstag durch die Post zugestellt.

85. Mt. Häterfelde. Heute abend keine Mitgliederversammlung. Veranstaltung erfolgt nächste Woche Montag Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Gasthaus (Hofbräuhaus), Kronenplatz 2, während der Funktionärskonferenz.

97. Mt. Reinhold. Mittwoch haben keine Zahlende, sondern eine Verteilungsversammlung, 7 1/2 Uhr, im Klubhaus Hermannstr. 106/107 statt. Thema: „Das Reichsmittelgesetz“. Ref.: Genosse Ortung.

### Frühere USPD.

14. Bezirk, 2. Abteilung. Heute 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Würtz, Schmeider Straße.

Wilmersd. Heute, Mittwoch, 11. d. Mts., abds. 7 1/2 Uhr, Zahlabend in dem bekannten Schulungsalen. Da es der letzte selbständige Zahlabend der bisherigen USPD. sein wird, bitten wir um rege Beteiligung.

## Sport.

Storckamp! Matinee im Circus Busch. Nach etwa 1 1/2 jähriger Pause öffnet der Circus Busch, die ideale Kampfschule, über die die Reichshauptstadt verfügt, am Sonntagabend nachmittags um 1/2 3 Uhr den Wagen wieder einmal seine Pforten und gleich mit einer für Berlin neuenartigen Veranstaltung, einer Störckamp!-Matinee. Für Hans Wagener ist in aller Stille ein neuer Gegner entlarvt, der letzte Hannoveraner Ernst Böhmertmann, dessen Gegner am Sonntagabend, Otto Hintz, sehr auf der Hut sein muß. Das übrige Programm wird ebenfalls seine Anhänger finden. Adolf Biegeleit hat an dem holländischen Fußballspieler Willem Blerv einen harten Prüßeln. Es wird ein erbitterter Ringen geben. Auch in dem Treffen zwischen dem deutschen Fußballweltmeister Ruckmann und dem hiesigen aus Italien zurückgekehrten Dänen Jürgensen. Für die Anhänger der Reichshauptstadt bietet das Treffen Runge-Ritzbaum eine interessante Begebenheit.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner.

Die B.-S.-Korrespondenz berichtet u. a.: In den Germania-Hallen, Berlin, tagte die 3. ordentliche Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, die von 163 Delegierten der gesamten Eisenbahnbeamten-Gewerkschaft Deutschlands besetzt war. Vorsitzender war der Reichsgewerkschaftsleiter, in dem er alle Fragen der Beamten-Gewerkschaftspolitik berührte und die Haltung der Reichsgewerkschaft bei dem Februarstreik dieses Jahres begründete. Die aus diesem Streik resultierenden Maßnahmen schilderte Menne als nicht im Sinne der Abmachungen liegend, die mit dem Reichszentralrat getroffen wurden. Als Haupthindernis für die lokale Durchführung dieser Abmachungen machte sich vor allem der Verwaltungsapparat bemerkbar, der noch jetzt in einigen Direktionsbezirken trotz der striktesten Anweisungen des Reichsverkehrsministers im gewünschten Sinne funktioniert. Daher kommt es, daß

### Die Maßregelungsfrage heute noch nicht

endgültig erledigt sei. Man dürfe aber damit rechnen, daß bis Weihnachten spätestens endlich der Zustand hergestellt ist, der den Wünschen und den Absichten des Ministers gröner entspricht.

Menne schilderte dann ausführlich die Gründe, die die Reichsgewerkschaft zum Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund veranlaßte. Der DVB. treibe nicht Wirtschaftspolitik und schalte sich dadurch selbst aus der Gewerkschaftsbewegung aus. Deshalb müßte die RG. den Weg der sogenannten Neutralität des DVB. verlassen, der in Wirklichkeit gar keine Neutralität sei, sondern die Bindung an ausgeprochene Arbeitgeberparteien bedeute. Deshalb seien die Verhandlungen

### mit dem Deutschen Eisenbahnerverband

mit dem Ziele gemeinsamen Auftretens in allen großen Gewerkschaftsfragen notwendig geworden. Es kam zum Abschluß der bekannten vorläufigen Vereinbarungen auf der Grundlage: Die Beamten in die Beamten-Gewerkschaft, die Arbeiter in die Arbeiter-Gewerkschaft. Der Redner kritisierte dann die als Bahnschutz bezeichnete Einrichtung der Verwaltung, die, verstärkt durch die Technische Rothhilfe, geschaffen sei, um die Leute aus den aufgestellten Geheimorganisationen zu beschäftigen. Dieser „Bahnschutz“ sei eine Gefahr für die Republik und ihre Befestigung müsse von der Staatsbahn Eisenbahner-Gewerkschaft gefordert werden, als der wirklichen „Technischen Rothhilfe“ der Republik.

In die darauf folgende eingehende Besprechung schloß sich die Annahme der Vertrauensklärung für den Vorstand. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

## Massenentlassungen bei der Reichspost.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Bei den Dienststellen der Reichspostverwaltung sind neben Beamten und Beamtinnen männliche und weibliche Angestellte auf Privatdienstvertrag beschäftigt. Auf Drängen einzelner Beamtenorganisationen ist das Reichspostministerium seit Jahren bemüht, diese Angestellten zu entlassen, um den homogenen Beamtenkörper wiederherzustellen. Nachdem man im Laufe des Jahres einen Teil der im Fernsprekdienst beschäftigten weiblichen Angestellten unter den wichtigsten Gründen — Körpergewicht von 80 Pfund ist nach vierjähriger Beschäftigung z. B. für die Oberpostdirektion Berlin ein Entlassungsgrund — entlassen hat, will man jetzt mit einem Schlag ganze Arbeit machen.

Am 31. Oktober 1922 ist allen Telephonistinnen im Angestelltenverhältnis — etwa 600 — von den Berliner Fernsprekämtern gekündigt worden. Die meisten Gehändigten sind 4 bis 6 Jahre bei der Post beschäftigt; Kriegswitwen mit Kindern sowie 40- und 50jährige Angestellte sind darunter.

Der zurückgegangene Verkehr soll der Grund zur Kündigung sein. Nur bei wenigen Beamten ist jedoch der Verkehr zurückgegangen, und zwar nur unwesentlich, wohl auch nur vorübergehend. Neue Beamten stehen kurz vor der Eröffnung. Monatslang müssen neue Teilnehmer auf Begung eines Anschlusses warten.

Die Kündigungen der Angestellten bedeuten angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit eine unerhörte Härte. 33 000 zum großen Teil sehr junge weibliche Kräfte hat die Reichspostverwaltung in diesem Jahre zu Beamtinnen gemacht; der größte Teil von ihnen ist erst kurze Zeit bei der Verwaltung tätig. Wenn also wirklich zuziel Personal bei der Reichspostverwaltung vorhanden ist, so liegt die Schuld einzig und allein an der falschen Personalpolitik des

Reichspostministeriums, das nur allzusehr den Wünschen gewisser Beamtenorganisationen nachkommt.

Sollen aber etwa die Angestellten auf Privatdienstvertrag diese Schuld ausbaden? Sollen die gekündigten Angestellten mit ihren Familienangehörigen, die durch sie erhalten werden, verhungern, während die mit besonderen Vorrechten ausgestatteten Doppel-Existenzen bei der gleichen Verwaltung zu Hunderten beschäftigt werden? Und wenn noch soviel gefällige Bestimmungen die Kündigungen der Doppel-Existenzen erschweren, Pflicht des Reichspostministers ist es, sich für die Aufhebung derartiger Bestimmungen mit der Energie einzusetzen, die er bisher bei der Entlassung von Angestellten ausgedrückt hat. Wenn im Reichspostministerium auch nur ganz bescheidene Ansätze von sozialem Verständnis vorhanden sind, so müssen die ausgesprochenen Kündigungen der 600 Angestellten zurückgenommen werden. Der Reichstag muß sich mit dieser Angelegenheit befassen und ein derartiges Spiel mit Existenzen bei der Reichspostverwaltung für die Zukunft unmöglich machen.

## Einigung in den Leder- und Galanteriewarenbranchen.

Eine überfüllte Versammlung der Sattler und Portefeullier, sowie der in der Album-, Rappen- und Galanteriebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm am Dienstagabend in Boelers Festsaal Stellung zu den in Frankfurt a. M. geführten Reichstaxi-Verhandlungen und zu dem Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin. Der Referent Blume, Vorsitzender der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeullier, ging ausführlich auf die Reichstaxi-Verhandlungen ein. Die Verhandlungen haben infolge des Verhaltens der Arbeitgeber zu keiner einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen geführt. Der Bund der Lederwarenhersteller, dessen Mitglieder hauptsächlich in Berlin und Ostdeutschland domiziliert sind, hat an den letzten entscheidenden Verhandlungen überhaupt nicht teilgenommen.

Die im Süden und Westen Deutschlands wohnhaften Kollegen wurden hierdurch veranlaßt, mit dem Verband der Lederwarenindustriellen gesondert zu verhandeln und mit diesen eine Vereinbarung eingegangen, nach der die Septemberlöhne für die erste Hälfte Oktober um 25 Proz. erhöht werden.

Vom Bund der Lederwarenhersteller wurde eine Verhandlung mit der Ortsverwaltung Berlin angeregt. Die Verhandlung ging am 6. Oktober vor sich, ist aber resultatlos verlaufen. Von beiden Parteien wurde hierauf der Schlichtungsausschuss angerufen. Dieser hat gestern, Dienstag, einen Spruch gefällt, wonach die Lohngruppe I für die beiden ersten Oktoberwochen einen Stundenlohnzuschlag von 17,10 M. und für die folgenden Oktoberwochen von 29,45 M. erhalten soll. Die anderen Löhne sollen entsprechend prozentual erhöht werden.

Für die dem Verband der Buchbinder angehörenden Galanteriearbeiterinnen gab Köll den Bericht. Diesen Arbeiterinnen sollen in der ersten Gruppe im Oktober 52,10 M. bis 60,30 M., in der zweiten Gruppe 55,50 M. bis 64,25 M. und in der dritten Gruppe 65,00 M. bis 75,95 M. gezahlt werden.

Nach einer eingehenden Diskussion wurde der Schieds-spruch angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Rechtsverbindlichkeit des Spruches zu beantragen, falls die Arbeitgeber ihn ablehnen sollten.

## Unwahre Berichterstattung.

Dem „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ entnehmen wir: Die Bundesausschussung des ADGB. finden, wie alle solche Sitzungen, bei denen eine rückhaltlose und unbefangene Aussprache über schwebende Streitfragen erforderlich ist, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Teilnehmer werden zu vertraulicher Behandlung der Beratungen verpflichtet und die Presse wird vom Bundesausschuss durch einen Bericht informiert, der sich im wesentlichen auf die Widergabe der Beschlüsse beschränkt. Die „Rote Fahne“ brachte schon Anfang September Mitteilungen über eine vertrauliche Aussprache der Berliner Vorstandsvertreter zur Frage eines Betriebsrätekongresses, die sie nur durch Indiskretion eines Teilnehmers jener Sitzung erhalten haben konnte. Daß es sich oben-dreien um eine tendenziös böswillige Entstellung handelt, kann nicht wunder nehmen, angesichts der struppelosen Berichterstattung solcher Berichtersteller. Auch von der jüngsten Bundesausschussung vom 28. September bis 1. Oktober d. J. veröffentlicht die „Rote Fahne“ seit einigen Tagen bruchstückweise allerlei Enthüllungen, die von den üblichen Verdrehungen und Unwahrheiten strotzen und den Stempel der Gefährlichkeit an der Stirn tragen. Auch sie lassen erkennen, daß sie von einem Teilnehmer der Tagung her-rühren, der ebenso wenig imstande ist, bei der Wahrheit zu bleiben, wie Vertrauen zu verdienen. Der Vorstand des ADGB. ist davon überzeugt, daß die anständigen Presse die Schmierereien der „Roten Fahne“ mit Berachtung behandeln wird, so wie sie es verdienen.

## Die Faulenzen bei den Behörden.

Folgende Zeilen gehen uns aus Angestelltenkreisen mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„In letzter Zeit haben pensionierte Offiziere und Beamte des öfteren ihrem Unwillen über angebliche Verschleppung der Pensionsregelung in sehr drastischer Weise Luft gemacht. Es geschah dieses durch Briefe an Abgeordnete und Minister. Ja, sogar der Reichspräsident blieb nicht verschont. Abgesehen davon, daß die erhobenen Vorwürfe zum größten Teil unbegründet sind, suchen die Herren Pensionäre die Schuld für die angebliche Verschleppung den in den Feststellungsbehörden beschäftigten Angestellten zuzuschreiben. Aus ganz durchsichtigen Gründen werden sie bei diesem Vorgehen von der Rechtspreste unterstützt. Die Angestellten werden als „Bolschewisten“ bezeichnet, die aus ganz bestimmten Gründen die Erledigung der Pensionsarbeiten absichtlich verzögern und hintertreiben, um auf Kosten der Allgemeinheit zu faulzen. Da wir von den uns übergeordneten Beamten, die sich zum größten Teil durch ihre antirepublikanische Gesinnung auszeichnen, aus leicht begreiflichen Gründen gegen derartige Verdächtigungen und Anwürfe nicht in Schutz genommen werden, so bleibt uns nur der Weg der Selbstverteidigung.“

Die freigewerkschaftlich organisierten und republikanisch gesinnten Angestellten haben erst einen ganz anderen Zug in die iden Amtsstuben hineingetragen. Infolge ihrer Beseitigung, vertraut mit rationalen Arbeitsmethoden, die sie sich in den freien Berufen angeeignet haben, sind sie den fast durchweg nur einseitig ausgebildeten und mit dem Bürokratismus eng verknüpften Beamten ein Dorn im Auge. Der größte Teil dieser Angestellten befindet sich in den unteren Befoldungsgruppen und muß gegenüber den besser befoldeten Beamten den größten Teil der Kanzleiregistratur und Expeditionsarbeiten erledigen. Die Arbeit wird ihnen von den übergeordneten Beamten zuteilt, welche streng darauf achten, daß das zugewiesene Tagespensum erledigt wird.

Sollte eine absichtliche Verschleppung der Urteilen vorliegen, so würde die Schuld den Beamten treffen, der sein Kasseheraum vernachlässigt hat. Aber auch ohne diese Aussicht würde der Angestellte arbeiten, weil er es aus der Tätigkeit in seinem freien Berufe gewöhnt ist, und weil seine Person noch keine Arbeitsleistung eingeschätzt wurde. Der Angestellte weiß aber auch, daß er den Beamten mißliebiger ist. Wäre er tatsächlich der Faulzenzer, für den er angehalten wird, so würde er ja selbst den Beamten einen triftigen Grund geben, für seine begreifliche Entlassung Sorge zu tragen. Und daß die Beamten diese Handhabe ergreifen würden, um die ihnen mißliebigen Angestellten endlich von den Behörden abzuschießen, steht fest. Für so unlogisch wird doch wohl niemand den Angestellten halten.“

Gegen einen kommunistischen Betriebsrätekongress wandte sich eine Betriebsräteversammlung des Bezirks Luga in Sachsen. Nach einem Referat des Genossen Franz-Chemnitz wurde das Verlangen der Kommunisten, einen Betriebsrätekongress einzuberufen, einstimmig abgelehnt. Selbst die anwesenden Kommunisten stimmten nicht für die wilde Sache.

Die Einigungsverhandlungen im holländischen Holzgewerbe am Montag sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten den Beginn der neuen Lohnperiode vom 22. September an ab. Ferner lehnten sie es ab, über eine weitere Zulage zu verhandeln. Streik und Aussperrung dauern fort.

Zum böhmischen Bergarbeiterstreik wird aus Mährisch-Osttau gemeldet, daß der Streik im ganzen Revier durchgeführt ist. Im ganzen Revier herrscht Ruhe. In den Gruben und Kolerien werden nur die Notstandsarbeiten verrichtet.

Achtung, Blumen- und Fernwärmerinnen! Donnerstag 4 Uhr nämlich im Saal 5 des Gewerkschaftshauses: Funktionärskongress aller Betriebsräte und Funktionäre der Blumen-, Blätter- und Fernwärmerinnen einschl. der Palmen- und Befestigungsbranche. Fabrikarbeiterverband.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Bekämpfung des Privatkapitalismus durch eigene Unternehmungen der Arbeiterschaft ist das Thema, über das Genosse Gustav Beder, Hamburg, am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Sonnenburger Straße 10, sprechen wird. Sämtliche Funktionäre der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeiterpartei werden hierzu eingeladen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

# Schnittmuster

## „Die Neueste Deutsche Mode“

sind erhältlich:

**Reichendörfer Straße 13    Neue Schönhauser Straße 11**  
**Breite Straße 11                      Oranienstraße 41**

Andersstr. 28, Ankanischer Platz 4, Boxhagenstr. 68, Brunnenstr. 134, Cermen-Sylvia-Str. 136, Danziger Str. 88, Eibinger Str. 55, Frankfurter Allee 64, Franzosen-Str. 23, Fähringerstr. 31, Gieselerstr. 2, Gramstr. 10, Großbeerenstr. 60, Ecke Yorckstr., Hohenzollernstr. 14, Hufeisendamm, Jerusalemstr. 5/6, Jungstr. 36, Kirchstr. 31, Kniprodstr. 10, Langestr. 82-83, Landberger Allee 125, Ludwigsburgerstr. 5, Mantelstr. 128, MGlerstr. 145, Ostendstr. 94, Pappel-Allee 10, Peterburgerstr. 88, Rankenstr. 7, Rathenowerstr. 47, Ströbergstr. 38, Steglitzerstr. 34, Scharnhauer Allee 62, Waldemarstr. 65a, Zossenerstr. 3.

**Hausmann Fr. Bahn, Alexanderplatz, Landsberger Str. 66-63.**  
**Hausmann F. Nahrstedt, Berlin 50 33, Wrangelstraße 40-41.**  
**Hausmann Gebrüder Wolff, Berlin 4, Invalidenstr. 134**

**Schnittmuster-Lager in sämtlichen Filialen der Firma**  
**W. Spindler, Färberei und chemische Waschanstalt**

Die neuen Winterhefte sind erschienen!

Perser-Teppiche  
Klavieren, Flügel  
höchster Engrost. Jahrl.  
harm. Polster, 3. Part. 110

Getragene Herren-  
u. Damengarderobe  
wowie  
ganze Nachlässe  
kauft u. verkauft  
**Koch, Neukölln**  
Bergstr. 53, Ladn.

**Möbel**  
kaufen Sie  
sehr vorteilhaft  
bei  
**G. Camnitzer,**  
Schönb. Allee 82,  
Ecke Wichertstr.  
Hochb. Nordst.  
Auf Wunsch bezugsweise  
Teillzahlung!

**Zinn**  
Gold-, Silber-Bruch  
**Quecksilber**  
Blei, Kupfer, Platin  
usw.  
kauft u. Engrosverkauft  
Schornow, Lange Str. 35  
am Schützenplatz

**Gold**  
**Silber**  
**Platin**  
**Brillanten**  
kauft reell zu  
höchsten  
Tageskursen  
**C. Käferle**  
Uhrmacher - Juwelier  
Frankfurter Allee 278

Spez. Beh.  
nur für  
15 Tg. besetzt, beständig  
106, r. 10-2, Jacoby

**Noch zu alten Preisen**  
**Herrenzimmer**  
**Speisezimmer**  
**Schlafzimmer**  
in bekannt guter Qualität  
event. ab Fabrik und  
Zahlungserleichterung.

**Krause, Kastanienallee 40**

**Strickjacken**  
aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-  
böckchen etc. — Einzelverkauf bester  
Qualitätsware.  
**Billigste Bezugsquelle**  
**Bruno Richter, Berlin - Pankow,**  
Mendelstr. 36, 1.  
Fabrik-Niederlage Thüring. Wollwaren.  
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.  
Fernruf: Pankow 3723.

**Achtung! Hosen!**  
**Hosen!** und wiederum **Hosen!**  
kaufen Sie für Jung und Alt in  
schönsten gestreiften und glatten  
Mustern, engl. Leder u. Manchestern  
in allen Größen und Qualitäten  
am billigsten und besten in der  
**München-Gladbacher.**  
**Hosen-Zentrale**  
**Berlin, Rügenstr. 25**  
(blauer Lad.), nahe Bahnh. Gesundbr.  
Fährnlinie.  
S. R. 35, 36, 37, 40, 41, 42, 99, 111, 27, 141  
Fahrgeleitvergütung!

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
aller Art in großer Auswahl.  
**Rleider- u. Jutler-Seiden**  
schwarz und farbig.  
**Gelegenheitskäufe**  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Kleidern u. Röcken. 1-3 gefällig.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Gewinn-Auszug**  
der  
**20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie**  
6. Klasse 1. Ziehungstag 10. Oktober 1922

„Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Lotz gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II“

Lotz: 00000. Nachdruck verboten.  
In der Abteilung I wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:  
2 zu 40000 M 218654  
2 zu 10000 M 81338  
8 zu 10000 M 1149 73173 215304 230978  
22 zu 5000 M 62443 94393 106441 113836 151783 134846 158954 179184  
260024 350000 368217  
132 zu 3000 M 0988 8188 12708 25436 20724 36078 38217 38385  
33971 85001 40177 42958 47847 53610 86792 61630 67901 77390 81433  
93225 104410 109412 109955 113001 116990 139789 149341 187400 188036  
192111 194048 198861 181397 18087 203510 255819 208334 209724 211801  
212083 213025 210182 223738 226728 227890 238858 234079 238883 242456  
243555 248085 259335 274138 281765 300251 303004 333500 347644 357300  
368106 373849

In der Abteilung 2 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:  
4 zu 30000 M 140211 346113  
4 zu 15000 M 4808 222805  
4 zu 10000 M 182768 303947  
14 zu 5000 M 3507 4277 33207 20118 130303 235102 274555  
148 zu 3000 M 971 4826 2205 6873 8924 129 0 12912 27890 33571  
28555 45967 46701 48984 47144 47090 80048 80182 87056 79777 80160  
87727 95400 96932 97314 1000 3 100167 103241 111745 112086 121562  
126277 128613 128679 135183 137894 144400 151120 160049 161471 174 63  
178000 182201 193963 218986 221100 233167 228819 232485 40982 261774  
261357 264036 265370 292947 288990 309618 311120 318 818 311673 31781  
310869 328838 339048 340188 340821 344416 344435 350478 351947 359457  
360886 360700 362089 363448

In der Abteilung 3 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:  
2 zu 5 000 M 15312  
2 zu 40000 M 326597  
4 zu 10000 M 193383 314193  
26 zu 5000 M 33988 51867 89266 75039 113629 131587 235800 236403  
251026 29753 337141 347553 348712  
13 zu 3000 M 100 3530 2079 8194 70818 20822 20255 23418  
30513 30524 37481 40789 44037 4 399 68519 82915 89661 70628 74331  
79 797 13241 84241 90 000 101473 104680 106088 121785 131442  
133381 13 568 138957 140735 140 74 146710 15 082 169301 161581 171735  
178430 182507 186931 201834 216602 221283 239284 215814 280137 289708  
28 711 307248 308080 310443 312298 3143 4 317927 320407 330782 341479  
147605 351717 362907 366031 38026 289 12 58 938 871188 871276 874116

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus dem Zettel zu ersehen, die bei dem hiesigen Lotterio-Einschreiben zur unzulässigen Einsicht ausliegen.

Sehr preiswerte  
**Herrenunterwäsche**  
empfiehlt  
**Strampfhaus „Verba“**  
Berlin, Kottbuser Damm 12  
Ede Reimstraße

**Diensthelfer / im. Mouffins / Valle**  
in apart. Studierst. / in. Cosserons  
u. Gabelstein / Maco-Hosen / Einfa-  
schen / Strümpfe / Schürzen / Tisch-  
tücher / Ständerlein usw. Große Auswahl  
in Damen- u. Kinderstoffen bei vorlie-  
gendem  
**Ella Dehmel, Neukölln**  
Riemstr. 9. Nähe Reichsbahn.